



Freiheitsfackel

MITTEILUNGSBLATT

FÜR DIE MITGLIEDER DES FREIHEITSBUNDES E. V. LANDESV ERBAND BERLIN

Nummer 35

„Bonzograd“

Eine eigene Stadt für hohe Partei- und Regierungsfunktionäre entsteht in Wandlitz bei Berlin. Umgeben von einer 6 km langen, 2 m hohen stacheldrahtgekrönten Mauer wurden darin für Minister und andere Würdenträger Einfamilienhäuser gebaut, die jeweils neben den Wirtschaftsräumen acht Zimmer einschließlich Salon und Fernsehzimmer enthalten. In

der Funktionärsstadt werden Luxusgeschäfte eingerichtet, die nur den Bewohnern zur Verfügung stehen. Für das Dienstpersonal werden einfache Wohnungen außerhalb der Umzäunung angelegt. Bezugsfertig ist diese Funktionärs-siedlung im Juni. Im Volksmund hat sie schon jetzt den beziehungsreichen Namen „Bonzograd“ erhalten. (OS. Berlin)

Bodenschätze gesucht

25 Millionen Mark investiert die Zonenregierung allein in diesem Jahr in den „volkseigenen“ Betrieb für geologische Bohrungen, der nach Bodenschätzen in der Zone sucht. Allein 18 Millionen Mark werden für neue Maschinen und

ähnliche Anlagevermögen ausgeworfen. Mit 3000 Arbeitskräften suchen die Kommandos des Betriebes nach neuen Erz-, Braunkohle-, Erdöl-, Kali- und Uranvorkommen.

(OS. Berlin)

Betrogene Witwen

56 Jahre alt und nicht berufstätig war Frau Frieda K. aus Leipzig, als ihr Mann starb. Ihr Antrag auf eine Witwenrente wurde von den sowjetzonalen Behörden abgelehnt, da sie ja noch arbeitsfähig sei...

Frau Elli F. aus Magdeburg, 59 Jahre alt, berufstätig, wurde nach dem Tode ihres Mannes auf ihren Antrag, eine Witwenrente zu bekommen, ebenfalls ab-

schlägig beschieden. Hier lautete die Begründung, sie habe mehr verdient als ihr Ehemann, der also nicht den „überwiegenden Unterhalt“ aufgebracht habe. Also stehe ihr eine Witwenrente nicht zu. Im Ergebnis war auch sie um ihre Rente gekommen...

Das sind zwei Beispiele von Tausenden dieser Art, die es in der Zone gibt. Aussicht, eine Rente zu bekommen, haben

praktisch nur solche Witwen, die über 60 Jahre alt sind, nicht mehr als der Ehemann verdienten und — wenn sie jünger als 60 sind — entweder ein Kind unter drei Jahren oder zwei Kinder unter acht Jahren haben. Der Versicherungsschutz für Witwen ist also mehr als ausgehöhlt.

Die sowjetzonalen Gesetze haben nur ein Ziel, die Frauen zur Arbeit zu zwingen. Verliert eine Frau ihren Mann, kann sie — will sie nicht verhungern — diesem Zwang nicht entgehen, es sei denn, sie ist selbst um mehr als 70 % erwerbsbehindert. Das als „Errungenschaft“ herausgestellte Rentenalter für Frauen, das bei 60 Jahren liegt, ist bei dieser Auslegung zu einem zweischneidigen Schwert geworden. Für Kriegerwitwen bestehen dabei keinerlei Ausnahmen, sie werden von der ganzen Härte des Gesetzes getroffen.

Umgekehrt ist es auch bei den Witwerrenten, die dann fällig werden, wenn die Frau der Hauptnährer der Familie war. Durch die Einengung der Renten-

gewährung spart die zonale Sozialversicherung Millionenbeträge ein, viele Versicherte haben ihre Beiträge quasi umsonst gezahlt und müssen in der Angst sterben, ihre Familie unversorgt zurückzulassen. Während in der Bundesrepublik unter allen ausgeworfenen Renten 34 % für Hinterbliebene gezahlt werden, rangieren die Hinterbliebenen in der Zone nur mit 17 %, was die rigorose Beschneidung dieser Renten deutlich macht.

Ausnahmen gibt es nur für die Arrivierten, also jene, die sogenannte Einzelverträge besitzen. Dazu gehören Funktionäre und Intellektuelle in Spitzenstellungen der Wirtschaft und des Kulturlebens. Hier wird in jedem Falle Witwenrente gezahlt, unabhängig davon, wie alt die Witwe ist, wie ihre Arbeitsfähigkeit ist, ob sie Kinder hat oder nicht.

Die „neue Klasse“ sorgt für sich. Was das Volk dazu sagt, ist ihr ebenso gleichgültig wie das Schicksal jener Witwen, denen man die Rente vorenthält.

(OS.)

Lebensgefahr für Brandenburger Häftlinge

In der StVA Brandenburg, das ist die offizielle Bezeichnung für das Zuchthaus der Havelstadt, ist der Raum wieder eng geworden. Bis März 1960 stieg die Zahl der Inhaftierten auf 2300 an. Rund 65 % davon sind aus politischen Gründen verurteilt, viele schon vor zehn oder mehr Jahren eingeliefert. 12 % der Häftlinge werden beschuldigt, Wirtschaftsverbrechen begangen zu haben: Bauern, die ihr Soll nicht lieferten; Betriebsfunktionäre, die Planrückstände hatten, Männer die im Westen irgendwelche Waren beschafften, usw. usw.

Der Rest, das sind Kriminelle, hauptsächlich langjährig bestrafte Kapitalverbrecher, Totschläger, Räuber, Banditen. Diese Leute erfreuen sich der Bevorzugung durch die Wachmannschaft: „Ein Totschläger oder ein Dieb hat ein, zwei

Personen geschädigt, mehr nicht. Die Politischen aber haben unsere Gesellschaft bedroht. Sie müssen deshalb besonders hart angefaßt werden.“ Diese Worte stammen vom Anstaltsleiter Ackermann, einem brutalen Schinder. Und entsprechend wüten seine Schergen.

Die Krankenversorgung wurde seit 1958 systematisch abgebaut. Bis dahin befanden sich unter den politischen Häftlingen einige Ärzte, die sich wahrhaft aufopferten. Danach gab es ein paar kriminelle Ärzte, deren Hauptsorge es jedoch war, sich bei Ackermann und seinen Schlägern Ansehen zu verschaffen, und zur Zeit besorgt ein staatlich angestellter Arzt „nebenbei“ das Zuchthaus. Die Folgen sind entsprechend. Leute sterben, weil ärztliche Hilfe zu spät kommt. Von ungeschulten Heilgehilfen werden falsche

Medikamente ausgegeben oder falsche Dosierungen vorgenommen — selbst leichte Krankheiten werden akut lebensgefährlich.

Die Verpflegung wird laufend schlechter. Die erste radikale Senkung der Sätze erfolgte im Oktober 1959, eine zweite folgte im Februar dieses Jahres. Dörrengemüse und Wassersuppen — das ist der Wechsel bei den warmen Mahlzeiten. Frischgemüse, Obst und Butter sind völlig vom Speiseplan verschwunden, Fleisch ist selten geworden. Im „freien Einkauf“, der Anstalts-HO, sind kaum noch Waren. Aber selbst wenn sie es wären, nützten sie wenig: Ackermann hat das System der Geldstrafen eingeführt, mit denen er den Häftlingen ihre geringfügigen Vergütungen für Arbeitseinsätze und Überweisungen der Angehörigen abnimmt. Geldstrafen verhängt er für alle möglichen „Delikte“: Nichterfüllung der Normen, Ausschluß bei Produktionsarbeiten, „schlechtes“ Benehmen usw. Auf diese Weise gelingt es ihm,

den Häftlingen die Möglichkeit einer Zusatzverpflegung systematisch zu nehmen. Dieses System wird besonders auf mißliebige politische Häftlinge angewandt, um sie „fertig zu machen“, wie es im Jargon Ackermanns heißt.

Seinem Sadismus setzt er die Krone dadurch auf, daß er Geburtstagspäckchen, das sind die einzig erlaubten Paketsendungen, nur für „gute Führung“ ausständigem läßt. „Gute Führung“ aber bedeutet, Spitzelverpflichtungen zu übernehmen, Übernormen zu erfüllen und andere gegen politische Mithäftlinge gerichtete Aufgaben zu erledigen.

Hungererkrankungen nehmen wieder zu, Häftlinge brechen bei der Arbeit zusammen, Tuberkulose und andere Krankheiten wüten. Ackermann und sein Stellvertreter Jungs aber haben in den letzten Wochen verschiedentlich vor Häftlingen erklärt: „Das alles ist erst der Anfang. Bis jetzt waren wir noch human!“

(OS.)

Bezirkliche Nachrichten:

Haarschwund?

Haaractivator

vom Friseur

preiswert – auf neue Weise wirksam

DR. KONRAD STEHR, BERLIN-CHARLOTTENBURG 2

Herausgeber: Freiheitsbund e. V., Landesverband Berlin. **Verantwortlich:** Franz Meyer, Ernst Carlbergh, beide Berlin-Wilmersdorf, Fechnerstraße 17, Tel. 87 29 08. **Druck:** Rudolf Otto, Berlin W 35, Lützowstraße 63, Tel. 13 12 59.